

## Deutsche Wissenschaftler für eine Einwanderungspolitik

## Phantasie ist gefragt

---

 Von Michael Kläsgen
 

---

Die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland und braucht deshalb eine aktive Einwanderungspolitik. Zu diesem Schluß kommen sechzig namhafte Wissenschaftler in einem „Manifest der 60 – Deutschland und die Einwanderung“. Ihr Buch erscheint diese Woche im Beck-Verlag. Autoren wie der Historiker Klaus Bade, der Soziologe Claus Leggewie, der Rechtswissenschaftler Otto Kimminich und der Politologe Peter Opitz beklagen ein schweres Versäumnis der achtziger Jahre:

Anstatt ernsthaft nach Lösungen für das Flüchtlingsproblem zu suchen, habe man sich vorgenommen, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland. Diese „Lebenslüge“ habe die gegenwärtige Einwanderungsdiskussion unnötig „emotionalisiert“ und zugleich „tabuisiert“. Bereits seit den sechziger Jahren, so die Wissenschaftler, gehöre die Bundesrepublik faktisch zu den Einwanderungsländern.

Damals kamen die ersten von deutschen Firmen angeworbenen Gastarbeiter. Viele von ihnen blieben auf Dauer. Sie durften ihre Familie nachholen, ihre Frauen gebären hier Kinder. Deutschland wurde für sie allmählich zum Lebensmittelpunkt. Doch die Politik habe diese Entwicklung nicht wahrhaben wollen, kritisieren die Autoren. Die Gastarbeiter, ihre Kinder und Kindeskiner würden nicht als Einwanderer, sondern nach wie vor rechtlich als Ausländer behandelt. Das müsse sich schnell ändern.

Zu einer ehrlichen Einwanderungspolitik, heißt es in dem Manifest, gehörten aber nicht nur bessere Regelungen für die hier seit langem lebenden Ausländer, sondern auch „die Steuerung“ der gegenwärtigen Flüchtlingswanderung nach Deutschland. Die Wissenschaftler fordern deshalb dreierlei:

- Ein Einwanderungsministerium müsse eingerichtet werden, das den Flüchtlingsstrom lenke und die Integration von Einwanderern fördere; es müsse alle Maßnahmen mit den anderen europäischen Ländern abstimmen. Zu den Aufgaben eines solchen Ministeriums gehöre auch die „interkulturelle Erziehung“ der Gesamtbevölkerung.
- Kontingente und Quoten sollen die Herkunftsländer, Qualifikation, Alter und die Zahl der Einwanderer bestimmen. Einwanderer, argumentieren die Wissenschaftler, trügen langfristig zum Wohlstand bei, vor allem wenn sie sich in das „Anforderungsprofil der Wirtschaft“ einfügen. Man verkenne allerdings nicht, daß Einwanderung kurzfristig die Wirtschaftslage auch verschärfen könne. Die gegenwärtige Rezession treffe die al-

ternde deutsche Bevölkerung ohnehin vergleichsweise hart. Langfristig aber sei die Bundesrepublik auf Einwanderer angewiesen. Kontingente und Quoten könnten die Einwanderung steuern und helfen, jene auszuwählen, die die Wirtschaft braucht.

Eine Folge lassen die Autoren jedoch unerwähnt: Mit dieser Methode zöge die Bundesrepublik qualifizierte Facharbeiter aus armen Ländern ab. Die vielen nicht- oder unterqualifizierten Flüchtlinge aber hätten keine Chance, über ein nur an den Wirtschaftsinteressen ausgerichtetes Einwanderungsgesetz in die Bundesrepublik zu gelangen. Wo bleibt da die „aktive Steuerung“ der Migration?

Zwar müßten auch Fluchtursachen bekämpft werden, schreiben die Wissenschaftler, denn die Armutswanderung aus Osteuropa und Nordafrika werde so lange nicht abbrechen, wie das Wohlstandsgefälle bleibe. Aber wie das Gefälle verkleinert werden soll, beantworten die sechzig Autoren nicht.

- Die Einbürgerung der Einwanderer soll vereinfacht werden. Deutschland sei im letzten Jahrhundert ein typisches Auswanderungsland gewesen. Seit dem Zweiten Weltkrieg habe es sich zu einem Einwanderungsland neuen Typs entwickelt. So sei das deutsche Volk nichts „Naturwüchsiges“ mehr, sondern ein „Ergebnis vielfältiger Mischungsprozesse“. Die Nation als eine Abstammungsgemeinschaft zu bezeichnen mißachte den Auftrag des republikanischen Verfassungsstaates, allen Bürgern gleiche Rechte zu erteilen. Der „innovative“ Staat müsse sich deshalb über die vereinfachte Einbürgerung für Fremde öffnen. Integration sei ein „Kulturprozeß auf Gegenseitigkeit“.

Das Manifest warnt davor, so weiterzumachen wie bisher. Die wachsende Fremdenfeindlichkeit im vereinigten Deutschland sei nicht allein „pathologischer Ausdruck einer allgemeinen Zivilisationskrise“, sondern eine aggressive Antwort auf mangelnde Migrationskonzepte. Durch die „Unübersichtlichkeit des Migrationsprozesses“ fühlten sich viele Deutsche bedroht. Eine vorausschauende Zuwanderungspolitik aber könnte die Einwanderung berechenbar machen und die Ängste der einheimischen Bevölkerung abbauen.

Ein Jahr nach Mölln appellieren die Autoren des Manifests an die Politiker, endlich zu handeln. Denn eine „militante ‚Anti-Immigrationspartei‘“ breite sich aus „an den Wahlurnen, den Stammtischen und auf den Straßen“.